

Redebeitrag Lühr Henken (Hamburger Forum e.V.)

Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger, liebe Friedensfreunde,

im Namen des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. begrüße ich euch ganz herzlich zu dieser kurzfristig einberufenen Kundgebung aus aktuellem Anlass.

Der aktuelle Anlass ist das Bombardement von zwei Tanklastzügen durch die ISAF in der Nähe von Kundus auf Anordnung eines deutschen Kommandanten am 4. September. Ihm fielen mehrere Dutzend Menschen zum Opfer. Die Untersuchungen von UNO, ISAF und afghanischer Regierung sind noch nicht abgeschlossen. Jedoch konnte Minister Jung seine vorschnellen Äußerungen, dass es sich bei den Getöteten ausschließlich um Taliban handele, nicht aufrecht erhalten. Die NATO spricht inzwischen von getöteten Zivilisten. Möglich ist sogar, dass fast sämtliche Tote Zivilpersonen waren. Das legt ein Korrespondentenbericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. September nahe. Darin werden Augenzeugen wiedergeben. Die spannendste Aussage ist folgende: „Männer und Kinder seien mit Kanistern (zu den Tanklastern, L.H.) herbeigeeilt. Die Taliban-Kämpfer hätten sich derweil Schusswechsel mit Sicherheitskräften geliefert. Anschließend, so lautet die Darstellung (eines L.H.) Mannes, seien die Aufständischen geflüchtet – noch bevor die Tankwagen aus der Luft bombardiert worden seien und explodierten. Viele Zivilisten hätten schwere Brandverletzungen erlitten und seien daran gestorben. [...] Auch ein anderer Mann [...] berichtet, dass die Taliban den Ort des Unglücks bereits vor der Explosion verlassen hätten.“ So der Bericht in der FAZ. Demnach müssten die Getöteten bis zu 135 Selbst nach der Veröffentlichung dieses Zeitungsberichts behauptete Minister Jung noch, dass er zivile Opfer nicht bestätigen könne. Entweder will er uns für dumm verkaufen oder er ist schlecht informiert. Beides Gründe für einen Rücktritt. In jedem Fall sieht es nach Realitätsverweigerung aus. Dieses Bombardement ist verheerend. Es wird weiteren Hass und Ablehnung unter der afghanischen Bevölkerung nähren und den militärischen Widerstand gegen die westliche Besatzung fördern. Für den Minister wird es Zeit zurückzutreten.

Es gibt einen zweiten sehr gravierenden Punkt. Die Begründung für das Bombardement, die das deutsche Verteidigungsministerium herausgab. Es sei Gefahr im Verzug gewesen. Die Taliban hätten seit langem Anschläge auf das Bundeswehrlager angekündigt. Die Tanklasten hätten rollende Bomben dargestellt. Somit läge eine „unmittelbare Bedrohung“ vor. Um diese Gefahr abzuwehren habe man sich nach längerer Beobachtung seit der Entführung der Lastzüge zur Anforderung der Kampfbomber entschlossen. Hier setzt man offensichtlich auf die Ortskenntnis des Publikums. Die Entführung der Lastzüge fand ca. sieben Kilometer südwestlich des deutschen Militärlagers statt. Die Lastzüge haben sich danach nicht in Richtung des Militärlagers bewegt, sondern sind weiter westlich gefahren, haben sich also vom Militärlager entfernt. Ihr Ziel war der Distrikt Char Darar, der jenseits des Kundusflusses beginnt. Im Flussbett blieben sie stecken, waren also manövrierunfähig. Weshalb von ihnen Gefahr ausgehen sollte, ist unerklärlich. Eine unmittelbare Bedrohung konnten diese Tanklastzüge nicht darstellen. Nach den ISAF-Einsatzregeln wäre eine unmittelbare Bedrohung eine erlaubte Voraussetzung für ein Bombardement gewesen. Folglich kam ein erster Bericht des ISAF-Hauptquartiers „zu dem Ergebnis, dass die Einsatzregeln verletzt worden sein könnten.“ Ein Grund mehr, den Rücktritt des Ministers Jung zu fordern. Der Verdacht drängt sich auf, dass hier

von deutscher Seite versucht wurde, den dicken Max zu markieren und an den Taliban ein Exempel zu statuieren. Möglicherweise war man so sehr davon überzeugt, mit diesem Schlag den militärischen Widerstand in der Region zu zerschlagen. Das ging gründlich nach hinten los.

Dieser neuerliche so genannte Zwischenfall belegt aufs Neue, dass es sich in Afghanistan nicht etwa um einen "Stabilisierungseinsatz" handelt, sondern um einen veritablen Krieg. Einen Krieg, der immer härter und grausamer geführt wird und in dem zivile Opfer an der Tagesordnung sind. Jahrelang haben uns die Politiker der Regierungskoalition einzureden versucht, im Norden Afghanistans, wo die Bundeswehr "Aufbauarbeit" leiste, sei die Lage ruhig; gekämpft werde nur im Süden und Osten des Landes. Diese Lüge ist an der rauen Wirklichkeit zerplatzt.

Verteidigungsminister Jung und die ganze Bundesregierung sollen sich nicht weiter in die Tasche lügen: Es wird keinen zivilen Aufbau geben, solange das ausländische Militär in Afghanistan bleibt. Humanitäre Hilfsorganisationen wie caritas, Welthungerhilfe, medico, Kinderhilfe Afghanistan u.a. klagen seit Jahren darüber, dass die Verquickung von ziviler Hilfe und militärischem "Schutz" die zivile Hilfe verunmöglicht. Der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) kritisiert schon länger, dass sich die humanitäre Hilfe "im Windschatten militärischer Interventionen" einzuordnen hat. Der Verband fordert eine strikte Trennung von militärischen Aktionen und humanitärer Hilfe. Auch der Vorsitzende der Welthungerhilfe nannte vor wenigen Tagen die "zivil-militärische Zusammenarbeit" einen "Sündenfall" und forderte deren strikte Trennung.

Wenn es aber richtig ist, dass zivile Hilfe nur dort ankommt und wirklich hilft, wo kein Militär ist, dann ist es nur konsequent, wenn sich das Militär ganz aus Afghanistan verabschiedet. Dies entspricht im Übrigen dem eindeutigen Mehrheitswillen der Bevölkerung in Deutschland, wie zahlreiche Umfragen immer wieder bestätigten. Der Bundestag sollte - in Abkehr seiner bisherigen Politik - die Initiative ergreifen und sich endlich für ein Ende des Bundeswehreinsetzes einsetzen. Dies entspräche dem Willen der Bevölkerung.

Wir fordern

- den Rücktritt von Verteidigungsminister Franz Josef Jung,
- den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan,
- die Verstärkung der ausschließlich zivilen Hilfe, und zwar dort, wo dies von der afghanischen Bevölkerung gewünscht wird.